



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/36 - 11. Februar 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Marinepläne Blanks	S. 1
Sowjetische Südamerikaoffensive	S. 3
Vor dem Wechsel in Düsseldorf	S. 5
Anhang: Protest des PV gegen Pankowez Terrorurteile	
Kommuniqué des Parteivorstandes	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 390

---

## Marinebauprogramm: 3,8 Milliarden

Von Ernst Paul M.d.S.

In einem Vorwegbewilligungsantrag hat Bundesfinanzminister Schäffer einen ersten Teilbetrag von 383 Millionen DM für Schiffneubauten angefordert. Diese Summe ist ein Zehntel des voraussichtlichen Gesamtbetrages, der für maritime Bauten verausgabt werden soll. Dessen Höhe wird auf 3.824.420.000 DM geschätzt !

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestage waren nicht minder erstaunt wie ihre Kollegen vom Ausschuss für Verteidigung, als ihnen die Vorwegbewilligung des ersten Teilbetrages von 383 Millionen zugemutet wurde. Mit keinem Worte ist bisher im Verteidigungsausschuss über dieses gigantische Bauprogramm gesprochen worden. Die Begründung des betreffenden Titels im Haushaltsplan umfasst ganze 16 Zeilen. Sie geht dabei in keiner Weise auf die Sache ein, sondern behandelt lediglich die Frage der Auftragsvergabe an die Werften.

Noch selten ist bei Wehraufwendungen so grosszügig und unverantwortlich verfahren worden, wie in diesem Falle. Dies ist umso erstaunlicher, als Bundesfinanzminister Schäffer bei Forderungen für soziale Zwecke stets mit einer kaum zu unterbietenden Knau-

rigkeit vorgeht. Dabei wird man ausserdem das Gefühl nicht los, dass die bis heute genannten Summen noch keineswegs vollständig sind.

Wer etwas näher über das bundesrepublikanische Marinebauprogramm erfahren will, ist auf die Lektüre des "Bulletin" angewiesen. In diesem Organ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ist zu lesen, dass die neue Marine in vier Jahren aufgestellt werden und dass sie 21 Geschwader mit 170 Schiffen und eine Mannschaftsstärke von über 20.000 Mann umfassen soll. Es ist vorgesehen, Zerstörer von 2200 Tonnen mit einer Besatzung von 250 bis 280 Mann zu bauen. Ausserdem werden Minenboote, Schul- und Spezialschiffe, Geleitschiffe, Landefahrzeuge und Schnellboote auf Kiel gelegt. Gegenüber dem im Vorwegbewilligungsantrag angeführten Bauprogramm ist dem "Bulletin" zu entnehmen, dass auch U-Boote gebaut und zur Unterstützung der Flotte auch Marineflugzeuge angeschafft werden sollen.

Die Sache hat neben der haushaltsrechtlichen auch eine wehrpolitische Bedeutung ersten Ranges. Maritime Bauten sind stets eine politische Angelegenheit. Man erinnere sich nur an die leidenschaftlichen Debatten in der deutschen Öffentlichkeit und im Reichstag, als es in der Weimarer Republik um den Bau eines Panzerkreuzers ging. Dazwischen ist, ehe eine Entscheidung gefällt wurde, jedes Für und Wider gründlich besprochen worden. Heute möchte man die Angelegenheit mit einigen Zeilen in der Haushaltsbegründung und mit einem recht allgemeinen Kommentar im "Bulletin" abtun.

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Haushalts- und Verteidigungsausschuss werden sich gegen diesen Versuch auf das Entschiedenste zur Wehr setzen. Es wird aber auch den Mitgliedern der Koalitionsparteien nicht leicht werden, die selbstherrliche Art, in der das Verteidigungsministerium zu verfahren gedankt, hinzunehmen und dazu, wie gewohnt, Ja und Amen zu sagen.

Ist jetzt Südamerika dran ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als in einer ziemlich unbekanntem amerikanischen Zeitschrift ein Interview mit Bulganin über die sowjetischen Beziehungen zu Lateinamerika erschien, horchte man in gewissen Antastuben Washingtons auf. Nicht anders war es in den südamerikanischen Hauptstädten.

Der Kommunismus hat zwar schon seit Jahrzehnten seine Rolle in Lateinamerika gespielt; doch hat er durch Parteiverbote in vielen Ländern an innerpolitischer Kraft verloren. Dagegen hat es ein echtes Engagement des sowjetischen Imperialismus - im Gegensatz zum angelsächsischen - niemals gegeben.

Das hat sich indes geändert. Nicht die kommunistische Parteiarbeit schuf den Wechsel, sondern die tiefgreifenden Veränderungen im Gefolge des wirtschaftlichen Strukturwandels. Überall sind Anzeichen einer Wachstumskrise sichtbar. Der Übergang vom agrarischen und rohstofflichen Schwerpunkt zur Industrialisierung ist nicht nur vielerorts stecken geblieben; die sich meist jugenden Regierungen waren auch nicht in der Lage, diesen Mangel schmerzlos zu vollziehen. Inflationen sind zur Norm Südamerikas geworden. Lohnkämpfe sind die Folge. Absatzkrisen werden aus fast allen Ländern gemeldet. Auslandshilfen, gern gesucht, aber selten ohne einengende Bedingungen erhalten, brachten entweder keine Erleichterung oder schufen zusätzliche Probleme.

Es sind gerade die größten Staaten des Subkontinents, die durch den einen oder anderen - oder alle - Einflüsse in schwere Bedrängnis geraten sind. Die innenpolitische Folge ist, dass mit dem Ausnahmezustand regiert wird. Diktatoren stürzen früher oder später durch nachfolgende Gruppen, die Freiheit versprechen und den gleichen Zwang meinen. In jedem lateinamerikanischen Land sitzen Verbannte oder Emigrierte aus den Nachbarländern; innenpolitisch und wirtschaftlich stellt Lateinamerika den labilsten Teil der nichtkolonialen Welt dar.

Wenn erst jetzt die sowjetische Aktivität sich diesem Subkontinent widmet, so mag der dafür gewählte Termin weder zu früh noch zu spät gewählt sein. Das Stalinsche System wäre mit der ergrauten Garde süd-

11. 2. 1956

amerikanischer Ultkommunisten gekommen. Das viel gefährlichere, weil geschmeidigere und mit Bulgarischen Lächeln auftretende System Chruschtschow kommt mit wirtschaftlichen Hilfsangeboten, mit Expertenofferten und Ausstellungen; auch die Satelliten, soweit brauchbar, werden eingeschaltet. Alles ist koordiniert, so wenn die Sowjetzonenrepublik ihren gewiegtesten Aussenhandelsmann schickte, um eine ganze Kohlenveredelungsanlage für Patagonien, wo Erdöl gefunden wurde, samt Fachleuten anzubieten. Kurz vor dem Sturz Perons arrangierte Moskau eine sowjetische Industrierausstellung in Buenos Aires; jetzt, da gewisse Schwierigkeiten für westdeutsche Firmen mit dem neuen Militärregime noch nicht aus der Welt geschafft sind, spielt die Parkower Delegation geschickt auf dieser Platte. Der Ostblock winkt mit dem eigenen hohen Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten und versäumt nicht, darauf aufmerksam zu machen, dass das nordamerikanische Bemühen um den Absatz der Agrarüberschüsse die gleichen Absatzwünsche Lateinamerikas erheblich stört.

Tatsache ist jedenfalls, dass sich der Handel mit Argentinien Uruguay verstärkt hat. Das verrät auch den Schwerpunkt der sowjetischen Offensive, der eindeutig an La Plata liegt, dem östlichen Eingangstor zu Lateinamerika. Inzwischen beginnen auch südamerikanische Helfer in der gleichen Richtung zu arbeiten. Sie propagieren Geschäfte mit der Sowjetzonenrepublik, weil sich dadurch leichter verbergen läßt, dass hinter dem sichtbaren sowjetischen Willen zum stärkeren Engagement im Subkontinent sehr wohl auch Überlegungen stecken können, die als "echt imperialistisch" bezeichnet werden wären, wenn sie von den US ausgegangen wären.

Wie das Lufttauchen der Sowjetunion im Nahen Osten nicht geschieht, um die arabischen Länder zu einer Wohlstandesphäre zu machen, sondern um einen neutralen Raum mit dem arabischen Erdöl als Mittelpunkt der Hand des Westens zu entziehen, so sind auch nicht die Wirtschaftssorgen Lateinamerikas, die das Heranwachsen aus den Monokulturen begleiten, das Motiv zum von Bulgarien gegebenen Verkehrssignal nach Südamerika. Es geht darum, wer künftig zwischen Atlantik, Pazifik und Antarktis im Wettstreit der Interessenten als erster durchs Ziel geht. Das ist der Hintergrund für die sowjetische Südamerika-Offensive.

### Die Trennung von Adenauer

sp.-Wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, dürften die Tage Arnolds als Chef einer CDU-FDP-Zentrumsregierung seit fast zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen gekühlt sein. Die Weichen sind gestellt, die Vorbereitungen für eine Regierungsumbildung abgeschlossen. Das neue Kabinett wird sich aus Vertretern der SPD und den bisherigen Koalitionspartnern Arnolds, der FDP und des Zentrums, zusammensetzen.

Es ist nur natürlich, dass dieser bevorstehende Wechsel der Regierungsführung in Düsseldorf weit über Nordrhein-Westfalen hinaus in der vergangenen Woche das politische Interesse beanspruchte und in der Zukunft noch mehr beanspruchen wird. Nicht nur, weil es sich hier um Vorgänge im grössten und bedeutendsten Bundesland handelt, sondern weil sich hier eine Veränderung im innerpolitischen Klima vollzieht, die der sichtbarste Ausdruck auch einer Kräfteverschiebung ist.

Welches sind die Ursachen dieses Klimawechsels? Um sie auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die Ära Adenauer nähert sich ihrem Ende. Neue Kräfte, Strömungen und Persönlichkeiten drängen nach vorn, getragen von dem sehr bestimmten Gefühl, erhärtet durch schmerzliche Erfahrungen aus der Vergangenheit, dass das Bestreben der CDU/CSU, aus ihrem einmaligen Wahlsieg vom 6. September 1953 eine dauernde Monopolstellung abzuleiten, mit den deutschen Notwendigkeiten, ja mit der Selbstachtung und Selbstverantwortung unseres Volkes nicht in Einklang zu bringen sind. Die Zeit für einen Vorstoss in Heuland ist gekommen.

Der Versuch des Kanzlers und seiner Partei, ihr Schicksal mit dem des deutschen Volkes zu identifizieren, musste alle guten und der Zukunft zugewandten Geister zur aktiven Abwehr auf den Plan rufen. Die Unruhe über den durch Monopolanspruch, Unduldsamkeit, Herrschsucht und Synismus gekennzeichneten Kurs dieser Partei ergriff sogar deren eigene Anhänger; nun hallt es von Anklagen wider, die Führung hätte den Bogen überspannt, ihre Möglichkeiten überschätzt und die Wirklichkeit verkannt. In seinem geradezu manischen Hass gegen die Sozialdemokratie liess sich der Kanzler zu einer Politik und zu Handlungen verleiten, die ihn und seine Partei in die Isolation treiben mussten.

Die psychologischen Gründe dieses für das deutsche Nachkriegs-

schicksal so verderblichen Hasses sind um so verständlicher, als Adenauer als einer der führenden Zentrumpolitiker der Weimarer Zeit doch höchstpersönlich Gelegenheit hatte, sich von den staatsaufbauenden und staatsbejahenden Qualitäten der Sozialdemokratie zu überzeugen. Stand nicht die Sozialdemokratie gerade auch in jener Zeit so wie heute im schärfsten Kampf gegen die Feinde der Demokratie von links und rechts, war es nicht eine grossartige geschichtliche Leistung dieser Traditions-partei, die breite Masse der Arbeiterschaft an den Staat heranzuführen und sie zur Mitarbeit zu veranlassen? Der frühere Kölner Oberbürgermeister aber, den der Zusammenbruch von 1945 an die Spitze des westdeutschen Teilstaates berief, erstrebte auf dem Höhepunkt seines politischen Wirkens die Ausschaltung der Sozialdemokratie von jeder staatspolitischen Verantwortung. Dieser Absicht unterordnete er alle anderen Ziele. Das politische Monopol, das er von Bonn aus errichtete, enthält, wie jedes Monopol, die Gefahr der Erstarrung; in seinem Schatten bildete sich eine Atmosphäre der Gleichförmigkeit und der Gleichschaltung, die das politische Leben in der Bundesrepublik zu ersticken drohte.

Die Entwicklung, die sich in Düsseldorf abspielt, gibt der deutschen Politik neue und belebende Impulse. Die FDP befreit sich aus der für sie tödlichen Umklammerung durch den übermächtigen CDU-Block, sie begnügt sich nicht mehr mit der für sie so beschämenden Rolle eines Satelliten. Sie wird dabei von Einsichten geleitet, denen sich bisher der Alte aus Rhöndorf versperrete: die Einsicht nämlich, dass es für das ganze deutsche Volk nicht gut ist, wenn die Sozialdemokratie nach dem Willen des Kanzlers ewig in der politischen Wüste verbannt bleiben soll. Der Kanzler hat in seiner Stuttgarter Wahlrede jedes erzwungene Ausscheiden der CDU aus einer Landesregierung als eine Sünde bezelchnet. Ist es eine Sünde, wenn im wichtigsten Industrieland der Bundesrepublik mit der massiertesten Arbeiterbevölkerung die Vertreter eben dieser Bevölkerung führend an der Regierung teilnehmen? Entspricht es nicht vielmehr nationalpolitischen Erfordernissen, in einem Land hoher sozialer Spannungen der Radikalisierung durch eine konstruktive und von gegenseitiger Loyalität getragenen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie der Boden zu entziehen?

Die "jungen Leute von Düsseldorf", unbeschwert von Dogmen und frei von Ressentiments, schlugen hier eine Brücke, auf der sich die nach der Zukunft strebenden Kräfte unseres Volkes begegnen werden. Von dieser Begegnung an wird man vielleicht einst das Ende der Ära Adenauers und den Beginn einer an neuen Aufgaben, Zielen und Problemen orientierten Entwicklung der deutschen Politik zu erkennen vermögen.

+ + +

#### In unsere Bezirke:

Die nächste Ausgabe des Pressedienstes erscheint am Dienstag, dem 14. Februar 1956. Die Redaktion.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

In Protest nicht ermüden

Mit Erschütterung und Empörung sind im deutschen Volk und in der Welt die Schreckensurteile aufgenommen worden, die in jüngster Zeit von sowjetzonalen Gerichten gefällt wurden. Todesurteile, lebenslängliche und langjährige Zuchthausstrafen sind über Menschen verhängt worden, die beschuldigt werden, die sowjetzonale Wirtschaft geschwächt und Menschen zur Flucht aus der Zone nach der Bundesrepublik verholfen zu haben.

Auch nachdem die zwei Todesurteile gegen Max Held und Werner Andert in lebenslange Zuchthausstrafen verwandelt worden sind, hängt die Drohung von Schreckensurteilen über vielen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone. Das Zonenregime versucht seine inneren Schwierigkeiten und vor allem die Folgen seiner verfehlten Wirtschaftspolitik durch die brutale Einschüchterung der Bevölkerung zu überwinden. Es scheut dabei nicht zurück vor der Vertiefung des Grabens zwischen den Teilen des gespaltenen Deutschlands.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an alle Deutschen und an die Weltöffentlichkeit, im Protest gegen die Terrorjustiz der Melchiner und Benjamin und ihrer Auftraggeber in der Zonenregierung nicht zu ermüden. Es darf nicht sein, dass Menschen innerhalb ihres eigenen Vaterlandes mit härtesten Strafen bedroht werden, um sie einzuschüchtern und daran zu hindern, mit Menschen in anderen Teilen des gespaltenen Vaterlandes in Verbindung zu stehen. Wenn der Kalte Krieg in Deutschland ausgelebt werden soll, so muss man aufhören, mit Todesurteilen und der Zuchthausdrohung die Menschen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu schrecken.

+ + +

Wehrgesetzgebung - friedliche Atomnutzung - Abrüstung

Die Beratungen des Parteivorstandes

Auf ihrer gemeinsamen Sitzung am 10. Februar in Bonn bevollmächtigten der Parteivorstand der SPD und der Vorstand der Bundestagsfraktion die sozialdemokratischen Mitglieder der betreffenden Bundestagsausschüsse zu weiteren Verhandlungen mit den Vertretern der Koalitionsparteien über die notwendigen Grundgesetzänderungen in der Wehrgesetzgebung. Diese Änderungen beziehen sich vor allem auf die sozialdemokratischen Forderungen der Einsetzung eines Parlamentsbeauftragten für die Streitkräfte, der Ausstattung des Verteidigungsausschusses mit Rechten eines verfassungsmässigen Organs und der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Verteidigungsministers. Vorausgegangen war eine ausführliche Erörterung aller mit der Wehrgesetzgebung zusammenhängenden Fragen. Die ablehnende Haltung der SPD zum Soldatengesetz als einer unmittelbaren Folge der verfehlten Politik der Pariser Verträge ist unverändert und stand nicht zur Debatte. Die Bundestagsfraktion wird in den nächsten Tagen eine grosse Anfrage zu der Rede einbringen, die Kapitän Zenker, kommissarischer Leiter der Marineabteilung im Verteidigungsministerium, bei der Verpflichtung der ersten Marinefreiwilligen kürzlich in Wilhelmshaven gehalten und die in der Öffentlichkeit sehr unliebsames Aufsehen erregt hat.

Herbert Wehner berichtete über die konstituierende Tagung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa in Paris, die sich vor allem mit der Bildung einer europäischen Gemeinschaft für die Nutzung der Atomenergie zu ausschliesslich friedlichen Zwecken befasste. Seine Darlegungen machten die umwälzende Tragweite dieser Frage für die gesamte künftige ökonomische und technische Entwicklung deutlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich allen damit zusammenhängenden Problemen mit besonderem Eifer widmen, weil sie der Ansicht ist, dass auf diesem Gebiete nicht gründlich und grosszügig genug vorgegangen werden kann, die weitere Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken. In der Diskussion wurde auch auf die Notwendigkeit eines verstärkten internationalen Austausches auf dem



Gebiete der Nachwuchsförderung für die Atomwissenschaft hingewiesen. Die Entschliessungen des Aktionskomitees über Organisation, Aufgaben und Ziele dieser europäischen Gemeinschaft, die den einzelnen Parlamenten der beteiligten Staaten vorgelegt werden soll, sollte nach sozialdemokratischer Auffassung auch dem Bundestag zur Annahme empfohlen werden.

Ein weiterer Bericht Wehners galt dem gegenwärtigen Stand der Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Wehner bezog sich vor allem auf die Gründungssitzung des Ständigen Komitees für kollektive Sicherheit und Abrüstung in der Sozialistischen Internationale, die kürzlich im Haus der SPD in Bonn in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Experten, darunter des langjährigen französischen Delegierten bei den internationalen Abrüstungsetagungen, Jules Koch, stattgefunden hat. Die bevorstehenden neuen Beratungen des Unterausschusses der Abrüstungskommission bei der UNO werden voraussichtlich durch einen Vermittlungsvorschlag neuer Arttrich erhalten, den die französische Regierung Mollet in ihren Grundzügen bereits bei ihrer Amtsübernahme der Öffentlichkeit mitgeteilt hat und der eine Synthese zwischen den auseinandergehenden amerikanischen und sowjetischen Meinungen darstellt. Sie basiert auf der Auffassung, dass nur eine umfassende, graduell fortschreitende Abrüstung auf allen Gebieten, auf denen eine Kontrolle notwendig und möglich ist, zu Erfolgen führen kann.

Als Delegierte der SPD werden an der nächsten Sitzung des Generalrates der Sozialistischen Internationale Anfang März in Zürich der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, und die Vorstandsmitglieder Fritz Heine und Herbert Wehner teilnehmen. Der Bericht Heines über die letzte Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale in London betraf eine Reihe interner Fragen dieser Körperschaft.